

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheinung:
an allen Werktagen.
Abonnement:
in der Stadt vierteljährlich M. 1,35
monatlich 45 Pf.
Bei allen Wirt-, Postanschriften
und Boten im Orts- u. Nachbar-
ortsverkehr vierteljährlich M. 1,35,
ausserhalb desselben M. 1,35,
hinzustellend 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Veröffentlichungsblatt
der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle u.

während der Saison mit

amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg., die Klein-
spaltige Garmondzeile.
Reklamen 15 Pfg. die
Zeile.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Fremdenliste
nach Vereinbarung.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 117.

Dienstag, den 21. Mai 1912

29. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 18. Mai 1912.

Am Bundesratssitzung: Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg
und die Staatssekretäre Dr. Delbrück, v. Kiderlen-Waechter und
Dr. Bisco.

Präsident Dr. Koempel eröffnete die Sitzung nach 1 1/2 Uhr.
Die Beratung des Etats für den Reichskanzler und die Reichs-
kanzlei wurde mit der Erörterung der „Auswärtigen Politik“
fortgesetzt.

Eingegangen ist eine Resolution des Zentrums (Dr. Spahn
und Genossen), den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, einen Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der fremdländischen
Landarbeiter vorzulegen.

Abg. Dr. David (Soz.): Das Gefühl, das uns andere Völker
hinsichtlich der Leistungsfähigkeit und Tüchtigkeit der Diplomatie
überlegen sind, ist im deutschen Volke wohl ziemlich allgemein.
Unsere Diplomaten, Botschafter und Gesandte, werden einer ganz
kleinen obliquen Kaste entnommen; die wenigen bürgerlichen sind
aus Posten untergeordneter Ranges untergebracht. Unter den
Vertragssekretären befinden sich sogar nur zwei bürgerliche.
Nach welchen Grundsätzen werden diese Herren ausgewählt?
Einerseits sollen sie hervorragende gesellschaftliche Formen haben,
dann sollen sie gute Anknüpfungspunkte sein. Der Fehler besteht
darin, daß diese Männer, die Deutschland an den hervorragenden
Stellen vertreten sollen, von einer Stelle einseitig ernannt
werden, während das Volk keinerlei Einfluß darauf hat. Für die
Diplomaten müßte eine besondere Laufbahn geschaffen werden
unter der Bedingung, im Konsulatswesen tätig gewesen zu sein.
Nur auf diese Weise ist die Garantie gegeben, daß die Herren auch
über die wirtschaftlichen Dinge genügend unterrichtet sind. Mit
dem System der Geheimniskrämererei muß gebrochen werden. Ein
Diplomat ist lange nicht mehr herausgekommen. Unsere „kurzen
Verträge“ im Reichstage sollen dazu benutzt werden, auch über
auswärtige Angelegenheiten Auskunft zu geben. Dadurch kann
manchem wilden Gerücht kurzgehand die Spitze abgebrochen
werden. Zwischen Diplomatie und Parlament ist eine innige Ver-
bindung herzustellen. China gegenüber ist Zurückhaltung ge-
boten, da die Republik China nur ein Fünftel der Bevölkerung
umfaßt. In die inneren Zustände Chinas sollen wir uns nicht
einmischen. Aufmerksamkeit erfordern aber die Vorgänge in der
Korpen, dem künftigen Vorkriegsstaat Russlands, und in Persien.
In der Türkei scheint unsere Diplomatie ziemlich gemacht zu haben.
Das Vorgehen Italiens in den türkischen Gewässern soll auf einer
Verhandlung mit England beruhen. Die Hauptaufgabe der Zu-
kunft wird die Entspannung des Verhältnisses zu England sein,
das jetzt den Flottenaufbau mit doppelter Kraft fortsetzt. Diese
Tendenz in England ist die Folge der deutschen Rüstungen. (Sehr
richtig! bei den Soz.) Kein Jchnel der beiden Völker wünschen
eine Verständigung. Deshalb sollte nicht auch mit Frankreich
eine Verständigung möglich sein? Die Kriegsbegeisterung wird von
einigen wenigen Geschäftspatrioten betrieben; ihnen sollten alle
Vorteile des Handwerks liegen. Unsere ausländischen Genossen

treten mit uns für den Weltfrieden ein, nicht aus antinationalen,
sondern aus nationalen Beweggründen. Ein Krieg zwischen
Kulturstaaten würde den ganzen Handel auf Jahre hinaus lahm
legen. Die Vermehrung unseres Kolonialbesitzes ließe sich durch
friedliche Verhandlung besser erreichen, als durch einen Krieg
mit England. Es sollte die höchste Aufgabe jeder Nation sein,
eine friedliche Verständigung und dauernden Frieden durch inter-
nationale Rechtssicherheit herbeizuführen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Spahn (Str.): Wir sind durch den Krieg in Tripolis
insofern verübelt, als durch die Sperrung der Dardanellen unser
Handel wesentlich beeinträchtigt worden ist. Eine Auskunft
darüber wäre dringend erwünscht, wann die Sperre beseitigt sein
wird. Der französische Protokollvertrag mit Mulan Haid ist
bereits im März abgeschlossen worden. Die Schwierigkeiten
daran zu beginnen sich aber erst jetzt zu zeigen. Wie weit Deutsch-
land davon betroffen wird, läßt sich noch nicht übersehen. In
China haben wir es mit einem Schuldner zu tun, der uns zunächst
Garantien für unsere dort investierten Kapitalien geben muß,
bevor die Anerkennung der Republik anerkannt erfolgen kann.
Ein gutes Verhältnis mit England ist von ganz außerordentlicher
wirtschaftlicher Bedeutung. Die Befragung des Londoner Bot-
schafterpostens mit Reichsminister von Marshall begrüßen wir. Die
sinnige Verwendung der Ehrenrollen über die englische Flottenvermehrung
ist nicht überraschend gekommen. Ähnlich hat sich dieser Minister
schon früher ausgesprochen. Der diplomatische Dienst ist reform-
bedürftig, das ist unerkannt, Kaufleute und Journalisten zu
diesem Beruf heranzuziehen, ist nicht ohne Vorbildungen
möglich. Sie müssen genügende wissenschaftliche Ausbildung dafür
haben. Wenn ein Direktorate zum Vapst geworden ist, so kann
auch nicht gefagt werden, daß alle Direktorate auf ihre Qualifi-
kation hin untersucht werden, ob sie sich zum Vapst eignen.
(Weiterkeit.)

Abg. Dr. Crelt (Kon.): Dr. David hat in seiner ganzen Rede
gegen einen Vopanz getämpft, den er sich zurecht gemacht hat, das
war die Kriegsbegeisterung, der Chauvinismus. Auch bei seiner Kritik
unserer Diplomaten hat Dr. David übertrieben. Die Herren sind
nicht nur aus dem hohen Adel, sondern auch aus dem niederen
und jüngsten Adel, ja die Herren stammen viel mehr aus der
Haute Finance, als aus dem vernachlässigten Agrarierstand. Wenn
Dr. David meint, gute Anknüpfungspunkte seien zu Diplomaten
besonders geeignet, so hat er sich als durchaus befähigt erwiesen.
(Weiterkeit.) Anknüpfungspunkte sind nicht ganz außer Acht zu lassen.
So wird z. B. im Zukunftsstaat Herr Dr. Südekum ein besserer
Diplomat sein als Herr Kollege Hoffmann vom Abgeordneten-
haus. (Große Heiterkeit.) Nicht nur besondere Ausbildung ge-
hört zum Diplomatendienst, der Mann muß dazu geboren sein.
Die Konsularschule ist nicht unter allen Umständen als die einzig
mögliche Diplomatenschule vorzuschreiben. Über die Geheimniskrä-
merie unseres Auswärtigen Amtes habe ich nicht zu sagen. Über
gewisse schwebende Verhandlungen wird hier ein gewisses Still-
schweigen bewahrt werden müssen, das liegt in der Natur der
Sache. Notwendige Aufklärungen sollten möglichst bald erfolgen.
Daß der Dreibund in die Brüche gegangen sei oder gehen werde,
trifft nicht zu. Sie können vielmehr erwarten, daß der Dreibund
erneuert werden wird. Das erfüllt uns mit Befriedigung, wenn-

gleich wir die Bedeutung des Dreibundes auch nicht überschätzen.
Ehrentreu-Ungarn, dem wir manches geleistet haben, hat
sich vorübergehend uns gegenüber recht kühl benommen.
Was Italien anlangt, so ist diese Dame trotz ihrer
Extraktoren immer wieder zu ihrem ursprünglichen
Zügel zurückgekehrt. Der Dreibund allein sichert uns
nicht, er bedeutet aber eine gewisse Garantie für das europäische
Gleichgewicht. Sonstige Entitäten brauchen wir nicht zu fürchten.
Wir sind geneigt, in ein gutes, korrektes Verhältnis zu England
zu treten, aber dies darf nicht erkaufte werden mit dem Preis-
geben irgendwelcher deutscher Interessen. Was wir zu unserer
Rüstung brauchen, darüber lasse man uns allein befinden. Die
Schwierigkeiten aus dem italienisch-türkischen Kriege hat unsere
auswärtige Politik ganz gut gemeistert. Mit Frankreich sollten
wir nun nach dem Karoloffabkommen in Frieden leben können.
Auskunft möchte ich haben über den angeblichen Überfall französischer
und spanischer Truppen auf eine deutsche Farm, wobei
mehrere Deutsche ermordet sein sollen. Auf gute Beziehungen zu
Russland legen wir großen Wert. Mit allem Nachdruck müssen
wir auch die Freilassung des Grenzkommissars Dreher verlangen.
Bei der Vinken besteht wohl ein klein wenig Antipathie gegen
Russland. (Abg. Vedebour: Haben Sie denn Sympathie für Rus-
land?) Gewiß, ich habe Sympathie für alle Regierungen, die
sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegungen stark ent-
gegengetreten. (Bravo! und Heiterkeit.) Nicht mit geschwungenem
Tomahawk soll der Reichskanzler vorgehen in seiner Politik — ich
kann ihn mir auch nicht so gut vorstellen (Heiterkeit) — wohl
aber mit einem kühlen Wasserstrahl wie Fürst Bismarck. Chauvi-
nismus ist den Deutschen so fremd, daß wir nicht einmal ein Wort
dafür haben. (Heiterkeit. Auf bei den Soz.: Rauschelden!) Die
größten Rauschelden sind die, die auf den Chauvinismus schimpfen.
(Große Heiterkeit.) Ist völkische Sentimentalität, die selbstbewußt und
selbstsüchtig ist, darunter zu verstehen, dann wünsche ich dem deut-
schen Volke einen reichlichen Tropfen von solchem Chauvinismus
in sein Blut. (Bravo!) Wenn der Reichskanzler Entschiedenheit
und Kraft zur rechten Zeit in die Tat umsetzt, dann wird er nicht
nur die überwiegende Mehrheit des Hauses, sondern auch das ge-
samte deutsche Volk stets begeistert hinter sich haben. (Lebhafte
Beifall.)

Abg. Bassermann (Nat.): Die Auswahl unserer Diplomaten
ist reformbedürftig, zumal heute die Weltfrage im Vordergrunde
steht. Die günstigen Verhältnisse zu Österreich-Ungarn und Rus-
land erfüllen uns mit Befriedigung. Das Frankreich in Karoloff
große Schwierigkeiten noch zu übersehen haben werde, haben wir
vorausgesehen. Aber auch über diese Schwierigkeiten wird es
hinwegkommen. Ich frage: Ist unsere Handelsfreiheit für Karoloff
stets gesichert gewesen, und wie lauten die Verträge über die
Unternehmungen der Deutschen in Karoloff? Eine aggressive
Politik verfolgen wir mit unserer Flottenpolitik nicht. Herr
v. Marshall hat sich in Konstantinopel vorzüglich bewährt, auch
bei der Umwandlung des Regimes. Vorschlagsvorarbeiten wollen
wir aber nicht geben, das liegt weder in seinem noch in unserer
Interesse. Die sicherste Grundlage für unsere Politik ist ein
starkes Heer. Dann so wir eine starke Note zur Vertedi-

Die Goldmühle.

Roman von Margarete Gebrüger.

Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

Viertes Kapitel.

Eines Tages trat Rosemarie, Floris Schwester, mit
einem Briefe in die Wohnstube, glückselig und mit
freudeglühenden Wangen. „Mutter! Vater!“ rief sie jubelnd
und tanzte durch die ganze Stube, so daß der Vater
schier erschrocken die Pfeife aus dem Munde nahm und
fragte: „In aller Welt, was ist denn los, Mädel?“ und
die Mutter den Strickstrumpf auf den Tisch legte und sagte:
„Aber Rosemarie, bist denn ganz aus dem Häuschen? Hast
du doch net etwa gar einen Heiratsantrag bekommen? Gib
her den Brief!“

„Ja, ha, ha, was du denkst, Mutter!“ lachte sie; „ich
und einen Heiratsantrag! Wer soll mich denn heira-
ten wollen? Nein, wenn mich auch einer wollt, heira-
ten in ich noch lang net. Aber tanzen, Mutter, tanzen!
denk doch nur, ein richtiger Studentenball ist es, wie
der Hansel immer davon erzählt hat! Nur lauter Stu-
denten und keine Damen, alles aufs großartigste, schreibt
der Hansel. Und seine Freunde lassen mich bitten, ich soll
ja kommen und recht gute Laune mitbringen, und der
Vater auch — du, Vater! Du sollst mich hinbringen und
ein paar Tage dortbleiben. Und einen recht feinen An-
zug sollst du schnell dazu machen lassen, daß die Stu-
denten sehen, was für einen stattlichen Vater der Hansel
hat. Ja! Welt, Vater, ich darf hin und du gehst
mit!“

Wie ein fröhliches Kind tanzte sie in der Stube
herum und nahm bald den Vater, bald die Mutter am
Hand, so daß sie sich lächelnd anjahren und es wie eine
Tänze der Wehmut im Auge der Mutter glänzte —
ach, wer sich noch so freuen konnte!

Der Vater legte die Pfeife beiseite; „ist das alles
wirklich an dem?“ fragte er.

„Ja, lies doch, Vater,“ rief sie und reichte ihm
den Brief.

Die Mutter hatte erst einige Einwendungen und Be-
denken. „Aber Rosemarie,“ sagte sie, „pöht du denn
auch wirklich darunter? Das sind gewiß lauter Geheim-
rats- und Professorsdöchter, und die rumpfen schließlich
die Nase über dich, weil du vom Lande bist, wenn du
auch gute Manieren gelernt hast in der Pension und
tanzen kannst, wie eine Elfe.“

„Ach was,“ jagte der Vater, der den Brief über-
flogen hatte, „das wird sich schon alles einrichten. Wenn
sie net darunter pöht, härt' sie der Hansel schon gar
net eingeladen, und was hast denn an dem Mädel aus-
zusetzen? Warum soll denn die net sein genug sein?
Weshalb ist sie denn in der teuren Pension gewesen?
Englisch und Französisch werden sie net gleich sprechen
auf dem Ball. Laß ihr den Spaß, sie hat so nichts
auf dem Lande. Für mich freilich pöht's schlecht ge-
rade in der jetzigen Zeit, wo wir am Dreischen sind
und alles schrotet und das ganze Weihnachtsmehl ge-
mahlen werden muß. Aber der Flori ist ja da, der ist
schließlich Manns genug, und es sind ja auch nur ein
paar Tage. Und zu schämen braucht sich der Junge doch
auch net mit seinem Vater, zumal wenn ich den neuen
Anzug hab.“

So wurde nach einigem Hin- und Herreden die Zu-
sage beschloffen und Rosemarie fiel noch einmal dem
Vater und der Mutter um den Hals. „Vater! Mutter!“
rief sie, „ach, seid ihr gut!“

Damit stürzte sie hinaus und hinauf in ihre Stube.
Dort öffnete sie den Kleiderschrank und nahm das in
ein großes Tuch gehüllte Tanzstundenkleid heraus. Es
war noch wunderlich, und sie hatte so gut darin gefallen.
Ob sie es zum Ball anzog? Ja, wenn es noch pöht!
Sie mußte es anprobieren, war doch schon ein Jahr
vergangen, seit sie es getragen hatte. Es pöht wirk-
lich noch wie angezogen und sie kam sich ganz fremd
vor, als sie in den Spiegel schaute, obwohl damals auf
dem Ball ihre Wangen ebenso gegläht und ihre Augen
ebenso geleuchtet hatten wie heute, nur daß ihr jetzt
schlichtes Haar damals modern frisiert gewesen war. Sie
sah ihr Spiegelbild lange an, nickte sich zu und lachte.

Sie sah ganz gut aus, und daß sie tanzen würde — ach,
tanzen, tanzen! —, dafür sorgte schon der Hansel, der
Bute. Ach, wenn doch nur der Tag erst da wäre, wenig-
stens der Tag der Abreise!

Sie legte alles behutsam wieder zurecht und ging
singend hinab zu den Eltern, die unterdes alles mit-
einander bereitet hatten.

„Na, bist nun wieder beisammen, Rosel?“ begrüßte
sie der Vater; „warst ja ganz außer Rand und Band
vorhin.“

„Ja, wohl bin ich das; schade nur, daß die Mut-
ter net mitfahren kann! Könnst ihr denn net alle beide
mit?“

„Aber Rosemarie, ich und auf einen Studentenball,
wo ich seitlang nur auf Dorfständen war und seit Jahren
überhaupt nirgends mehr, und net einmal genau nach
der Schrift sprech! Geht ihr nur, ich halt' unterdes das
Haus, daß es net einfällt, und der Flori hilft mir
halten.“

Frau Rosemarie war froh, als sie endlich abgereist
waren und der Wagen, der sie zur Bahn gebracht, wirk-
lich wieder leer zurückgekehrt war; denn mit den beiden
war legitim kein vernünftiges Wort mehr zu reden ge-
wesen, immer hatten sie's nur von dem Ball und von
den Studenten. So hatte die Mälerin ihren Florian
noch nie gesehen. „Wenn er nur net etwas einen dum-
men Streich macht und sich übernimmt im Trinken,“
dachte sie, „denn das Trinken scheint bei dem Studieren
mit die Hauptsache zu sein, nach dem zu urteilen, wie
man sie reden hört. Herrgott, er wird doch net etwas
gar einen beleidigen, wenn er einen weghat — er kann
ja gar net sechten! Nein, so was tut der Florian net,
und der Hansel wird schon aufpassen, daß er net über
den Strang schlägt. Bornehm genug sieht er ja aus
in seinem neuen Habit, der Hansel braucht sich keines
Vaters net zu schämen. Mögen sie im Dorfe ihre Höschen
machen und die Mäuler aufreißn, wie sie's oft genug
getan haben, wenn der Hansel da war und in der bunten
Mäze herumließ.“

(Fortsetzung folgt.)



mung unserer Landesinteressen und dann die Modernisierung unserer Diplomatie. (Beifall.)

Staatssekretär v. Ribbentrop: Den größten Raum in den Ausführungen der Redner hat unser Verhältnis zu England eingenommen. Ich bin aber nicht in der Lage, dem, was speziell in der Kommission gesagt worden ist, etwas hinzuzufügen. Der Abg. Dr. David hat über Geheimnistuerei geredet. Dabei wird immer auf fremde Regierungen und Gerichte, freier entwickelte Staatswesen hingewiesen. Ich möchte doch da auf eines aufmerksam machen. Am selben Tage, an dem ich in der Kommission geantwortet habe, auf die Frage über unsere Beziehungen zu England hat durch einen Zufall der englische Premierminister im Parlament auf dieselbe Frage geantwortet, und unsere Antwort war dem Inhalt nach vollständig, dem Wortlaut nach beinahe vollständig ähnlich. Der Unterschied hat also nicht auf Seiten der Regierung gelegen, er war auf der anderen Seite. Im englischen Parlament war man zufrieden und hat kein Wort mehr gesagt, bei uns dagegen nicht. (Beifall.) Der Abg. David hat bei derselben Gelegenheit ganz besonders hervorgehoben, daß wir gegen die Abschaffung des Seebüterrechts sind. Ich möchte den Abgeordneten doch bitten, einmal die Verhandlungen auf der Haager Konferenz nachzulesen über das Seebüterrecht und zu sehen, wie dort abgestimmt worden ist. Bezüglich unserer Beziehungen zu Rußland kann ich nur das wiederholen, was von dem Reichskanzler in seiner Rede im Dezember vorigen Jahres gesagt worden ist. Es ist gefragt worden, was wir in Persien aufgegeben hätten. Es wird uns so oft vorgehalten, das und das hätten wir aufgegeben. Das sind aber meistens Sachen, die uns gar nicht gehören. (Große Beifall.) Dann ist uns gesagt, wir sollten in der Weise Politik machen, wir brauchen nur zu sagen, soviel Soldaten haben wir, soviel Schiffe haben wir, und nun muß unsere Reklamation durchgehen. Ja, wenn wir das immer sagen wollten, so würden wir eine Politik machen, die uns recht schlecht bekommen würde. Gerade die Engländer machen einen Unterschied, ob eine Reklamation im allgemeinen Interesse liegt und in ihre Politik paßt; dann wird sie auch äußerlich durchgeführt. Aber wenn sie politisch nicht paßt, dann wird dem Mann gesagt, sei doch mal hübsch still. (Beifall.) Gerade diesen politischen Verstand, den die Engländer immer haben und der den Fürsten Bismarck gelehrt hat, den, bitte, lassen Sie uns doch einmal zur Geltung bringen. (Zustimmung rechts.) Italien und der Türkei gegenüber sind wir trotz der schwierigen Lage doch so durchgekommen, daß unsere Beziehungen zu beiden Staaten nicht gelitten haben. Das ist, von dem Herr Dr. David gesprochen hat, hat Herr Dr. David von einem Anonymus. Denn ich nehme an, daß der Herr, auf den er sich immer bezieht, nicht Speculator getauft ist und vom Vater Germanicus stammt. (Beifall.) Das merkwürdige aber ist, daß uns fortwährend der Vorwurf gemacht wird, daß wir so irrelevanten Artikel nicht dementieren haben, und daß dann von Abgeordneten gesagt wird, wenn etwas dementiert wird: ja aber wir glauben doch. Also das Dementi hat doch nichts geholfen und das andere Mal verlangen Sie es von mir. (Beifall.) Herr Bassermann hat dann speziell die Frage an mich gerichtet, wie es mit unseren Kaufleuten in Marokko steht. Ich kann da sagen, daß fast gar keine Beschwerden vorliegen. Es ist allerdings ein Fall vorgekommen, der Fall Reuschhausen. Da sind zweifelslos Übergriffe vorgekommen. Die Sache ist zunächst durch unseren Gesandten in Tanger behandelt worden. Wir haben aber auch sofort bei der französischen Regierung sehr energisch Verwahrung eingelegt und wir hoffen auch, daß die Sache unter allen Umständen zu unseren Gunsten geregelt wird, weil das Recht auf unserer Seite steht. (Beifall.) Es ist noch die Frage aufgeworfen worden, daß wir auf eine kurze Anfrage über die Schiffahrtsgaben bezüglich unserer Beziehungen mit Holland nicht geantwortet hätten. Der Herr Abgeordnete, der das vorbrachte, hat dabei gesagt, daß das Volk ein Recht hat, das zu wissen. Ich glaube aber, daß das Volk auch ein Recht hat, daß nicht durch Indiskretionen derartige Verhandlungen, die im Interesse des Reichs geführt werden, gestört werden. (Zustimmung rechts.) Es ist ferner gefragt worden, wie es mit Neu-Kamerun wäre. Wir haben uns mit der französischen Regierung über eine Kommission verständigt, die demnächst in Bern wird zusammenzutreten können. Diese Kommission wird, soweit es nach Kartennmaterial möglich ist, die Grenzen feststellen. An Ort und Stelle sollen dann kleinere Kommissionen die Grenze definitiv festlegen. Nachdem wir uns im Prinzip über die Kommission geeinigt haben, haben wir uns mit den Franzosen darüber verständigt, daß dann sofort die Festsetzung der Grenze vor sich geht, als die Strecken zweifelslos sind, und daß nur die Grenzposten später besetzt werden, bei denen es zweifelhaft ist, nach welcher Seite sie gehören. Einen großen Raum in der Besprechung hat auch die Frage der Ausbildung der Diplomaten eingenommen. Gewiß müssen die Diplomaten viel lernen, und wir wollen sie auch ökonomisch ausbilden, alles können wir ihnen aber nicht beibringen, denn sonst sind sie tot, bis sie ausgebildet sind. (Große Beifall.) Ich glaube die Frage ist noch nicht reif zu einer Entscheidung im Plenum, und ich bitte deshalb die Herren, die Sache vorläufig zurückzustellen. (Beifall.)

Abg. Hebel (Zentr.) begründete eine Resolution auf Regelung der Arbeitsverhältnisse der fremdländischen Landarbeiter. Staatsminister Dr. Delbrück: Die vielen ausländischen Arbeiter legen den Verwaltungen der Einzelstaaten schwere Probleme auf, da sie unter anderen Kulturbedingungen aufgewachsen sind. An sich ist nach öffentlichem und privatem Recht der ausländische dem inländischen Arbeiter gleichgestellt. Das gilt auch für die landwirtschaftlichen und die im Bergbau beschäftigten Arbeiter. Der einzige Unterschied liegt darin, daß die ausländischen Arbeiter ausgewiesen werden können. Diese Möglichkeit müssen wir uns aber vorbehalten aus sittlichen oder politischen Rücksichten. Ob es deshalb möglich ist, auf dem Wege der Gesetzgebung diese Frage zu regeln, ist zweifelhaft. Die ausländischen Arbeiter genießen in Deutschland weit besseren Schutz, als deutsche Arbeiter im Ausland. (Sehr richtig!) Wir müssen uns deshalb die Möglichkeit der Reziprozität wahren. Den Forderungen der Resolution wird zum größten Teil schon heute entsprochen.

Abg. Ledebour (Soz.): Bedauerlich ist, daß unsere allgemeine Ansprache durch diese Spezialfrage gestört ist. (Vizepräsident Dove: Die Bestimmung der Rednerliste ist Sache des Präsidenten.) Wir werden der Resolution zustimmen. Tatsache ist, daß die polnischen und dänischen Arbeiter völlig rechtslos sind. An der einseitigen Annahme der Wehrvorlagen gehen wir nicht achtlos vorüber, im Gegenteil, wir haben stets darauf hingewiesen, daß wir die einzige Partei waren, die energische Opposition gemacht hat. Wir haben Dingos und Chauvinisten genug, wenn wir das Wort auch nicht haben. Wir könnten es vielleicht Ordelei nennen. England ist uns gegenüber in der politischen Defensiv. Ein Krieg zwischen den Nationen Europas wäre das allergrößte Unglück auf der Welt. Daß Dr. Ortig seine Bewunderung für die russische Regierung zum Ausdruck brachte, die sonst bei jedem anständig denkenden Menschen tiefste Empörung wegen der Vorgänge bei der Niederwerfung der 500 Arbeiter in den Rewa-Werken entfachte, ist bedauerlich. (Vizepräsident Dove: Es ist unzulässig, in diesem Tone von einer fremden Regierung zu reden.) Ich hoffe, daß die wilde Empörung, die sogar im russischen Parlament entstanden ist, dafür Beweis ablegt, daß da allerdings eine Tat vollzogen ist, die zum Himmel schreit. Die deutschen Kapitalisten und besonders die deutschen Juden sollten sich im Grunde ihrer Seele schämen, daß sie Rußland ihr Weid kredittieren. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Ortig (Fortf. Sp.) empfahl die von ihm und dem Freiherrn von Nitzsch (Nat.) beantragte Resolution, im nächstjährigen Etat die Besoldungsverhältnisse der Vorkassier, Kassationssekretäre und Kassiers und somit die Anstellungsver-

hältnisse dieser Beamten derart zu gestalten, daß bei der Zulassung zum diplomatischen Dienst Schwierigkeiten infolge nicht ausreichender finanzieller Leistungsfähigkeit des Bewerbers nicht mehr entstehen können. Wir wollen nicht, daß man einen tüchtigen Konsultatsbeamten von der diplomatischen Karriere ausschließt, weil er nicht vermögend ist. Die Beziehungen Deutschlands zu England sind entscheidend für die europäische Lage. Das deutsche Volk, die deutschen Liberalen wollen den Frieden mit England, und das deutsche Volk muß auch daran glauben, daß ein Frieden mit England möglich und erreichbar ist. Unser Beschluß über die Wehrvorlagen hat der Erhaltung des Friedens nicht geschadet, im Gegenteil. (Sehr richtig!) Unsere Haltung hat den stärksten Eindruck auf das Ausland gemacht. Wir werden uns auch künftig in gleicher Weise verhalten. Wir wollen das Vaterland der anderen achten, das eigene lieben!

Abg. Dombel (Volk): Den Resolutionen stimmen wir zu. Die Verhandlungen der polnischen Bevölkerung, namentlich im Regierungsbezirk Oppeln sind immer noch eine ungerechte. Die Polen sollten nicht als Staatsbürger zweiter Ordnung behandelt werden.

Abg. Bernheim (Soz.): Ich habe die Resolutionen und die Entschlüsse in den anderen Ländern für die deutsche Partei und unsere Parteigenossen aber sind die Freunde Deutschlands. Die Exploitationsverfahren werden vermehrt, je mehr das Ausland angefüllt wird, das sollte man bei den Wehrvorlagen bedenken. (Sehr gut bei den Soz.)

Damit schloß die Debatte. Nachträglich erhielt noch das Wort der Abg. Winkler (Volk), der um Erteilung eines Konsultats in Tunis ersuchte.

Die Resolutionen wurden angenommen und der Etat des Reichskanzlers bewilligt.

Beim Kapitel „Gesandtschaften und Konsulate“ hat im Etat des Auswärtigen Amtes

Abg. Müller-Reinigen (Fortf. Sp.) um Umwandlung des Konsulats in Paris in ein Generalkonsulat. Das Auswärtige Amt sollte unsere kurzen Anfragen exakter beantworten.

Staatssekretär v. Ribbentrop: Wir konnten die bisherigen Fragen nicht anders beantworten, als es geschehen ist. Weisheit sollten wir mehr Worte machen als nötig ist! Auch in England wird es so gehandhabt. Der Frage, ob das Konsulat in Paris in ein Generalkonsulat umgewandelt werden soll, werden wir gern näher treten. Eine englische Anregung auf internationale Regelung des Auslieferungsvertrages ist kürzlich an uns ergangen, eine Entschliebung liegt aber noch nicht vor. Der Abschluß eines neuen Vertrages zum Schutz des Urheberrechts mit Amerika ist noch nicht angeregt worden. Die Konno-Akte ist unter dem alten Regime erst verlegt worden. Seitdem aber der Konno unter belgischer Verwaltung steht, ist es besser geworden. Die belgische Regierung demüht sich, auf friedlichem Wege die alten Konzessionen aufzuheben.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Fortf. Sp.): Noch im vorigen Jahre hat die belgische Regierung durch ihre amtlichen Organe sich Verstöße gegen die Konno-Akte zu Schulden kommen lassen. Eine neue Konno-Konferenz ist dringend nötig.

Abg. Dr. Pfeiffer (Ztr.): Unser Konsulatswesen leidet häufig darunter, daß die Inhaber dieser Stellen gleichzeitig Chef ausländischer Firmen sind. Davon haben die Deutschen im Auslande den Nachteil, am allermeisten aber unsere Kaufleute.

Staatssekretär v. Ribbentrop sagte für einzelne Beschwerden Untersuchung zu.

Abg. Anneri (Soz.): Beim Postfachwechsel in Konstantinopel sind Unkosten in Höhe von 400 000 Mark entstanden. Das ist viel zu hoch.

Der Etat des Auswärtigen Amtes wurde bewilligt.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Konsular- und Auslieferungsvertrag mit Italien, Ergänzungsetat und Deckungsvorlage zu den Wehrvorlagen.

Schluß 7 Uhr.

Deutsches Reich.

Zuckersteuer und Besitzsteuer.

Berlin, 18. Mai. In der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstags brachte der Abg. Baffermann gemeinsam mit dem Abg. Erzberger folgenden Antrag ein: „Die in Artikel 5 des Gesetzes betreffend die Veränderung im Finanzwesen vom 15. Juli 1909 (Finanzreform) vorgezeichnete Ermäßigung der Zuckersteuer tritt sechs Monate nach der Einführung eines Gesetzes, welches eine allgemeine, den verschiedenen Besitzformen gerecht werdende Besitzsteuer vorschreibt, spätestens am 1. Oktober 1916, in Kraft. Der Gesetzentwurf ist dem Reichstage bis zum 30. April 1913 vorzulegen.“ Das Zentrum hat zu Gunsten dieses gemeinsamen Antrages seinen Antrag, der die Hinausschiebung der Ermäßigung der Zuckersteuer um 2 1/2 Jahre fordert, zurückgezogen, ebenso die Nationalliberalen ihren Zusatzantrag dazu. Die Volkspartei hat ihren Antrag auf Wiedervorlegung des Erbschaftssteuergesetzes von 1909 mit dem Termin des Inkrafttretens zu Beginn des Kalenderjahres 1913 aufrecht erhalten, und die Sozialdemokratie unterstützt diesen Antrag mit der Ergänzung, daß sie eine Quotisierung fordert. Der nationalliberale Antragsteller betonte ausdrücklich, daß die Ausweitung unter den Besitzformen, also in der Hauptsache Vermögens- oder Erbschaftssteuer, vorbehalten bleiben sollte. Der Schatzsekretär sprach sich entgegenkommend über den Antrag aus und möchte nur eine Hinausschiebung des ihm für die Vorlage des Steuergesetzes gestellten Termins erreichen. Er erklärte, daß er noch nicht im Sinne der Verbündeten Regierungen sprechen könne; wohl aber könne er im Sinne der Reichsverwaltung zugehen. In der Abstimmung wurde der Antrag Baffermann-Erzberger einstimmig angenommen, der Antrag der Volkspartei betr. die Erbschaftssteuer wurde gegen Konservative und Zentrum angenommen.

Das Strafverfahren gegen Borchardt und Leinert.

Berlin, 18. Mai. Die Geschäftsordnungskommission des Abgeordnetenhauses hat gegen die Stimmen der Freisinnigen beschlossen, dem Hause zu empfehlen, dem Antrage des Staatsanwalts Folge zu geben und die Ermächtigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen die Abgg. Borchardt und Leinert wegen Hausfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu erteilen. — Die Geschäftsordnungskommission empfiehlt auch die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des verantwortlichen Redakteurs des „Vorwärts“ wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses.

Landesversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei Badens.

Baden-Baden, 18. Mai. Die diesjährige Landesversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei Badens wurde heute Nachmittag unter dem Vorsitz von Dr. Friedrich Weill eröffnet. Man war auf starken Jubel gefaßt, hatte aber — wie schon öfters im Laufe der letzten Jahre — die Zahl der Teilnehmer trotzdem wieder einmal beiseite unterdrückt. Der von Parteisekretär Ders gesteuerte Geschäftsbericht gab ein Bild der ständigen Aufwärtsentwicklung der Partei, der die letzten Reichstagswahlen zwei Mandate in Baden und eine beträchtliche Stärkung nebst Stimmzunahme in den drei Wahlkreisen, um die sie außerdem noch kämpfte, gebracht haben. Durch Heimburgers Erkrankung erledigte Landtagswahlkreise Land wurde bei der Ergänzung glänzend behauptet und in der Person des Abgeordneten Pank der Partei ein sachkundiger Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen zugeführt. Die Organisation im Lande umfaßt jetzt 120 Vereine mit 12 320 Mitgliedern, was eine Vermehrung um etwa ein Drittel des Bestandes seit Ende 1911 bedeutet. Auch bei den Gemeindevahlen nach dem Verhältnisystem hat die Partei einige sehr gute, zum Teil überraschende Erfolge erzielt.

Der Vorsitzende Dr. Weill dankte dem Parteisekretär für seine fleißige, energische und erfolgreiche Arbeit. Eine Besprechung der Haltung der Landtagsfraktion in kirchenpolitischen Angelegenheiten ergab deren Billigung und legte Zeugnis ab von dem warmen Interesse und tiefen Verständnis, das in der Fortschrittlichen Volkspartei auch religiösen Fragen entgegengebracht wird. Ein Antrag, die Fraktion möge im Landtag die Einstellung von Staatsmitteln zur Förderung der Arbeitslosenversicherung in den Etat beantragen, wurde einstimmig angenommen.

Den Klassenbericht erstattete Obersekretär Reim (Karlsruhe). In den Ausschuss wurden an Stelle der auscheidenden Mitglieder Rechner (Bruchsal) und Schner (Triburg), D. Hollerbach (Karlsruhe) als Vertreter der Privatangehörigen und O. Weik (Triburg) gewählt. Die bisherigen Mitglieder wurden im übrigen bestätigt. Als Vertreter des Zentralausschusses der Partei ist Conrad Hausmann zur Tagung erschienen. Dem Vorsitzenden der badischen Parteiorganisation, Dr. Weill, sprach Landtagsabgeordneter Muser unter lebhafter Zustimmung der Versammlung Dank und Anerkennung für seine Tätigkeit aus, der nicht zuletzt das Erfahren der Partei zu danken sei.

Am Sonntag wurden die Beratungen öffentlich fortgesetzt. Bericht folgt.

Berein deutscher Zeitungsverleger.

Magdeburg, 17. Mai. Der Verein D. Zeitungsverleger hielt im Stadtverordnetenrat seine diesjährige außerordentlich stark besuchte Hauptversammlung unter dem Vorsitz von Dr. Robert Faber-Magdeburg. Der Vorsitzende gedachte in einer ergreifenden Ansprache des verst. Vors. Jäncke. Er begrüßte die Ehrengäste, den Oberpräsidenten v. Hegel, die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, der Handelskammer und den Vizepräsidenten des öst. Zentralvereins für Zeitungsunternehmen Heller. Nach Sachvorträgen von Kommerzienrat Dr. Krumbhaar vom „Liegnitzer Tageblatt“ über „Recht und Wirtschaft“, von Prof. Dr. Koch-Heidelberg über den „Journalismus als Gegenstand des akademischen Unterrichts an der Universität Heidelberg“, Dr. Wolf vom „Schwarzwalder Boten“ über „Arbeitsrechtliche Fragen“ wird die reichhaltige Tagesordnung erledigt und folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Verein deutscher Zeitungsverleger erkennt an, daß in der publizistischen Behandlung der Gerichtsverhandlungen über sexuelle Verfehlungen Mängel bestehen. Der Verein beauftragt den Vorstand, dahin zu wirken, daß die Berichtstatter der Zeitungen sich der Berichterstattung über denjenigen Teil derartiger Prozesse enthalten, für den die Öffentlichkeit zwar ausgeschlossen ist, die Presse aber zugelassen bleibt. Auch ist anzustreben, daß bei derartigen Prozessen die Erörterung über die Verhandlung in Stimmungsübungen, wie die äußere Aufmachung der Berichte sich jeder sensationellen Ausschmückung fern halte. Geboten scheint schließlich, zu bewirken, daß die Konflikte zwischen Richter, Staatsanwälten und Verteidigern im Interesse des Ansehens der Rechtspflege nicht zum Gegenstande sensationeller Darstellungen gemacht werden.“

Die Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Presse, mit dem der Vorstand über diese Fragen verhandelt hat, erklärten ihre Uebereinstimmung mit den Entschlüssen. — Der Bericht über die Papierverkaufsstelle des Vereins gibt Kenntnis von der überaus glänzenden Entwicklung dieser Einrichtung. Zum Ort der nächsten Hauptversammlung wird B61n bestimmt. — Den Schluß der diesjährigen Tagung bildete ein glänzend verlaufenes Festmahl, an dem der Oberpräsident der Provinz Sachsen und andere Spitzen der staatlichen und städt. Behörden teilnahmen.

Karlsruhe, 18. Mai. Wie die „Mannheimer Post“ von angeblich gut informierter Seite erfährt, ist die Regierung von der Absicht, nach dem gegenwärtigen Landtag eine Vorlage über die Erbauung eines Elektrizitätswerkes an der Ruhr zu machen, abgekommen. Es sei sogar nicht ausgeschlossen, daß sie von der Erstellung des Werkes überhaupt Abstand nehmen werde. Der Besuch der Regierung, die Privatindustrie für die Abnahme von elektrischer Energie zu gewinnen, scheint mißglückt zu sein.

München, 18. Mai. In Gegenwart des Prinzen Ludwig als Vertreter des Prinzregenten und einer überaus glänzenden Festversammlung fand heute die Eröffnung der Bayerischen Gewerbeausstellung 1912 in den Ausstellungshallen auf der Theresienhöhe statt.

Münigsdorf, 18. Mai. Die im Transportarbeiterverband organisierten Führer und Schaffner der elektrischen Straßenbahn haben, da ihre Forderungen auf Lohnausbesserung und Erleichterung der Arbeitszeit nicht erfüllt worden sind, beschlossen, in den Ausstand zu treten. Infolgedessen muß heute früh der elektrische Straßenbahnverkehr vollständig ausbleiben.

Strasbourg, 18. Mai. Der Strahl. Post zufolge hat der bayerische Statthalter, Graf v. Wedel, gegen die Rheinische Westfälische Bg. in Essen Beleidigungsklage erhoben wegen eines Artikels, in dem im Zusammenhang mit dem Fall Grafenbad von einem „pflichtvergessenen Regime des Grafen Wedel“ die Rede ist.

Ausland.

Der italienisch-türkische Krieg.

Mailand, 18. Mai. Ein Teil der auf Rhodos gefangenen Türken wird nach dem Städtchen Aquila in den Abruzzen gebracht, wo Quartiere für tausend Mann hergerichtet werden.

Rom, 18. Mai. Der „Messaggero“ meldet aus Rom: Die Zahl der in die Gefangenschaft des Generals Ameglio geratenen Türken beträgt 2300, 28 Offiziere. Sie zogen zwischen zwei in Reihen aufgestellten Bataillonen, die die Gewehre präsentierten, hindurch und wurden nach Rhodos geführt, von wo sie sofort nach Italien gebracht werden. Die Kriegsbeute beträgt 600 Gewehre, zwei Gebirgsbatterien, zwei Maschinengewehrmaschinen und große Mengen Munition.

Konstantinopel, 19. Mai. Nach einer beim Kriegsminister eingegangenen Depesche hatten die Türken bei Rhodos nach heftigem Gefecht, das ca. 48 Stunden gedauert haben soll, über 200 Tote und Verwundete. Der Rest der Türken, etwa 400 Mann, wurde gefangen genommen. (Nach italienischer Darstellung sind es über 3000 Mann).

Neapel, 19. Mai. In der hiesigen Stadt fand zur Feier des Sieges von Rhodos ein großer Umzug statt, bei dem es zu begeisterten Kundgebungen für den König, die Armee und die Marine kam.

Frederic Passy.

Am 20. Mai vollendete Frederic Passy sein 90. Lebensjahr. Aus diesem Anlaß veranstaltete die Gesellschaft für politische Oekonomie, deren Vorsitzender Passy ist, eine Festigung, die zugleich dem siebzehnten Jahrestag ihrer Gründung gedenkt. Auch die Friedensgesellschaften gedenken an diesem Tage des Mannes, der in einem langen Leben unermüdet für die Sache des Friedens tätig gewesen ist. Er war schon einer der Begründer der Friedens- und Freiheits-Liga, dann Mitbegründer und langjähriger Generalsekretär der Internationalen Friedensgesellschaft, Mitbegründer der Interparlamentarischen Union für Frieden und Schiedsgerichte und Mitbegründer des Internationalen Friedensbureaus in Bern. Er war auch der erste Träger des Friedenspreises der Nobel-Stiftung. Der Lebensabend dieses edlen Greises ist durch manche Erfolge der Sache, der sein Streben gilt, verherrlicht worden und wird hoffentlich noch lange währen.

Rom, 18. Mai. In Augusta auf Sizilien wurde der deutsche Staatsangehörige Jänscher heute unter Spionageverdacht verhaftet.

London, 18. Mai. Das gestrige Konzert der Mänerchor der deutschen Kolonie zugunsten des Unterstützungsfonds für die Opfer der „Titanic“-Katastrophe gestaltete sich zu einer großen deutsch-englischen Freundschaftskundgebung. Unter anderem improvisierte der Vorstand eine Rede, in der er Kaiser Wilhelm als Friedensfürst feierte.

Berlin, 20. Mai. Der Dampfer Kronprinzessin Cecilie des Norddeutschen Lloyd, der sich auf der Fahrt von Rostock befindet, meldet, daß seine Ankunft sich bedeutend verzögere, da das Schiff unterwegs Schiffbrüchige aufnahm, die jetzt an unbekanntem Ort aufgefunden wurden.

Stockholm, 20. Mai. Die Erste Kammer verwarf nach langer Debatte mit 86 gegen 58 Stimmen den Gesetzentwurf der Regierung über die Einführung des Frauenwahlrechts im Parlament. Die zweite Kammer nahm dagegen nach längerer Debatte den Gesetzentwurf mit 144 gegen 65 Stimmen an. Der Gesetzentwurf ist damit für diesmal verworfen.

Württemberg.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 18. Mai. (Zweite Kammer). Präsident von Jäger eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Zunächst spricht das Haus zur Wahl eines Stellvertreters in den Finanzausschuß. Der Vorschlag, den Abg. Graf-Stuttgart als Stellvertreter zu bestimmen, tritt das Haus bei.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines Ausführungsgesetzes zum Viehsteuergesetz.

Abg. Keilbach (Z.) referiert über den Entwurf und weist auf die großen Werte hin, die hier geschätzt werden sollten, denn in Deutschland werde der Wert des Viehbestandes auf 10 Milliarden, der Wert der Wirtschaf auf 2 Milliarden geschätzt. Bezüglich der Überwachung durch das Medizinalkollegium spricht sich Keilbach gegen eine solche Zentralisation aus, die verschleppend und verunsichernd wirken könne. Die Entschädigungspflicht müsse auf alle Nachkrankheiten innerhalb einer bestimmten Frist, bei denen ein Kaufzusammenhang nachgewiesen werde, ausgedehnt werden. Die von der Regierung festgesetzten Entschädigungen kämen für zu nieder. Schließlich bittet er, den Entwurf dem Ausschuss für innere Verwaltung zu überweisen.

Abg. Rater-Maubereun (natl.): Den berechtigten Wünschen der Landwirte müsse durch das Gesetz Rechnung getragen werden. Der Vorschlag, die Entschädigung für an Maul- und Ruhsenke gefallene Kühe nach dem Gewicht zu bestimmen, könne ein Verlegenheitsprodukt zu sein. Bezüglich der Bestimmung der Kosten stimme er dem Vordränger zu und hoffe, daß in dieser wichtigen Frage eine allseitig befriedigende Lösung gefunden werde. Auch er bitte um Überweisung an den Ausschuss für innere Verwaltung.

Abg. Körner (B.): Das Gesetz lege dem Staat und der Landwirtschaft wesentliche neue Verpflichtungen auf. Diese seien aber notwendig und nützlich. Auch die Bestimmungen wegen der Bekämpfung der Seuchen bedürften der Nachprüfung. Der besondere Verhältnissen müsse Rechnung getragen werden. Die den Gemeinden zufallenden Kosten seien notwendig und hätten sich in etraglichem Rahmen. Wenn aber ein Seuchenrat im Innern geschaffen werde, so müsse auch gegen diesen ein Schutz bestehen und er erlaube den Ministern, unsere Verantwortlichkeit gegenüber dem Ausland mit schlechteren Schutzbestimmungen nicht schlechter zu stellen, und alle Versuche, eine Öffnung der Grenzen herbeizuführen, entschieden zurückzuweisen.

Abg. Schoch (Vp.) befürwortet gleichfalls Kommissionsberatung. Falls das Medizinalkollegium aufgehoben werden solle, müsse beim Ministerium eine besondere Abteilung für Seuchenbekämpfung geschaffen werden.

Abg. Weil (Z.): Seine Partei sei mit den Grundgedanken und dem Tendenz des Entwurfs einverstanden und beziehe sich, daß sie der Landwirtschaft geben wolle, was sie brauche. Umfassende agrarische Interessenpolitik dürfe aber nicht getrieben werden, wie es der Abg. Körner getan habe, als er sich gegen eine Öffnung der Grenzen ausgesprochen habe. Diese Frage habe mit der vorliegenden nichts zu tun. Die vorliegende Seuche sei nicht aus dem Ausland, sondern aus dem Innern, aus Ost- und Norddeutschland zu uns gekommen. Preussische und Dänemark mit ihrer großen Viehzucht hätten genau das gleiche Interesse an der Seuchenbekämpfung wie wir. Preussische und Dänische seien gefährliche Krankheitsüberträger und deshalb sei das Verlangen nach einer Grenzsperrung ungerechtfertigt.

da dieser ja die Grenze nicht versetzt werden könne. Bezüglich des Versicherungswesens sei er der Ansicht, daß hier eine zu große Zersplitterung bestehe. Man solle die Ortsversicherungsvereine zu einem Landesversicherungsverband zusammenschließen. Schließlich hofft der Redner, daß der Ausschuss das Gesetz zweckmäßig ausarbeiten möge.

Abg. Dambacher (Z.) ist auch für Zentralisation und hält die Ausschaltung der Kreisregierungen als Mittelstellen nicht für zweckmäßig. Bezüglich der Entschädigung solle der Staat und nicht der Viehbesitzer den größeren Anteil tragen.

Abg. Dr. Käßling (B.) polemisiert gegen Keil und stellt fest, die Seuche sei eingeschleppt worden durch die großen Mästereien in Norddeutschland, denen es nur infolge des billigen Futtermittelpreises möglich sei, zu existieren.

Abg. Schlichte (Z.) will einige Gedanken dem Ausschuss zur Erwägung übergeben. Er stehe auf dem Standpunkt, daß das Medizinalkollegium für die Bekämpfung der Seuchen zuständig sein soll, nicht aber für die Festsetzung der Entschädigung. Es sei doch einfacher, wenn die Zentralkasse mit 64 Oberamtsstellen abzurechnen habe als mit über 1900 Gemeinden.

Minister des Innern v. Pischel: Der Entwurf habe eine gute Aufnahme gefunden. Dem Abg. Schlichte gegenüber erwidere er, daß es gerade im Interesse einer möglichst raschen Abwicklung der Geschäfte und schnellen Ausbezahlung der Entschädigungen zweckmäßig sei, den von der Regierung vorgeschlagenen Weg zu gehen, denn den Oberämtern und Kreisregierungen händen keine Sachverständigen zur Seite, wodurch ein langer Instanzenweg bis zum Medizinalkollegium und wieder zurück entstehen würde. Formell würde die Kreisregierungen die entscheidende Behörde sein, materiell aber auch das Medizinalkollegium. Gegenüber dem Abg. Keil sagte der Minister, die Frage bezüglich der Zersplitterung des Versicherungswesens sei schon wiederholt im Hause besprochen worden, wobei man aber zu der Ansicht gekommen sei, daß sich eine Zusammenlegung nicht empfehle, übrigens sei die Frage reichsgesetzlich geregelt. Die Ortsversicherungsvereine hätten sich gut bewährt.

Abg. Körner (B.) polemisiert gegen Keil und stellt fest, daß nach einem Ausspruch des Ministers im vorigen Jahre aus Ausland über Dänemark eingeschleppt worden sei.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Braunger (Z.), Keil (Z.) und Ströbel (B.) erklärt der Minister des Innern v. Pischel zu seiner früheren Äußerung bezüglich der Einschleppung der Maul- und Ruhsenke, daß diese wahrscheinlich durch den Personverkehr aus Ausland eingeschleppt worden sei, denn Tiere würden aus Ausland mit der Ausnahme für einige oberdeutsche Schlachthäuser, nicht über die Grenze gelassen.

Der Antrag Keilbach, den Entwurf an den Ausschuss zu verweisen, wird dann angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages des Abg. Dr. Eisele betr. die landesgesetzliche Regelung der Bekämpfung übertragbarer Krankheiten mit dem dazu gestellten Antrage des Ausschusses für innere Verwaltung. Der Antrag, der vom 27. Mai 1911 datiert ist und über dessen Behandlung im Ausschuss der Abg. Rattutat (Z.) berichtet, lautet: „Die Landesregierung zu erlauben, die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, soweit sie nicht durch Reichsgesetz geordnet ist, nicht durch Ministerialverordnung, sondern durch Landesgesetz zu regeln und einen entsprechenden Gesetzentwurf den Ständen demnächst noch im Laufe des kommenden Winters vorzulegen.“ Der Ausschuss beantragt, den Antrag abzulehnen. Eine Minderheit des Ausschusses wolle nur die Worte: „womöglich noch im Laufe des kommenden Winters“ gestrichen wissen.

Abg. Dr. Eisele (B.) begründet seinen Antrag und bittet, seinen Antrag anzunehmen, natürlich jetzt mit der von der Minderheit vorgenommenen Änderung. Die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten sei Sache des Staates und nicht der Gemeinden, weshalb man auch die Kosten für Desinfektion usw. den letzteren nicht auferlegen könne, was überhaupt ohne gesetzliche Grundlage nicht möglich sei.

Minister des Innern v. Pischel führt aus, daß er nicht verstehe, warum der Abg. Dr. Eisele seinen Antrag einbringe. Der Abgeordnete habe recht, wenn er sage, daß der frühere Entwurf, der diese Materie regeln sollte, lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen unter den Tisch gefallen sei. Aber inzwischen sei die neue Gemeindeordnung gekommen. Für eine gesetzliche Regelung liege kein Grund vor, und die Ansicht des Abg. Dr. Eisele, daß der § 15 der Ministerialverordnung nicht zu Recht bestehe, sei falsch. Materielle Beschwerden gegen die Verfügung seien ihm nicht bekannt geworden. Das Gesetz werde auch in Zukunft schwer durchzubringen sein, da ja schon das Oberamtsamtgesetz auf große Schwierigkeiten gestoßen sei. Derselben Schwierigkeiten würden sich in noch größerem Maße bei dem von dem Abg. Dr. Eisele verlangten Gesetz einstellen. Auch ein rechtlicher Grund liege für einen solchen Entwurf nicht vor, ebensowenig Zweckmäßigkeitsgründe, da auch Fragen örtlicher Natur in Frage kämen.

Abg. Köder (D. B.) ist der Ansicht, daß von dem stehenden Landtag eine solche Vorlage nicht mehr verlangt werden könne. Eine Regelung der Frage sei wünschenswert, aber nicht dringend.

Abg. Köster (D. B.) hält den Antrag für gerecht. Nach Bemerkungen des Abg. Dr. Eisele erklärt auch Abg. Hiller (B.), daß sich seine Partei nicht von der Notwendigkeit einer baldigen Regelung überzeugen könne.

In einfacher Abstimmung nimmt darauf das Haus den Antrag Eisele an. Dafür stimmten die Sozialdemokraten, die Fortschrittliche Volkspartei und ein Teil der Deutschen Partei.

Es folgt die Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf betr. die Eber- und Fiegenbodhaltung, die auf Antrag des Abg. Speich-Wangen namentlich ist. Von 71 Abgeordneten stimmten 66 dafür, 5 (Schach, Beth-Wangen, Braunger, Dr. v. Kiere (Z.) und v. Gauß (Bp.) dagegen. Hiermit nimmt das Haus den Bericht der gemeinschaftlichen Kommission für die Prüfung der ständischen Resolutionsanträge über die Prüfung der Rechnung für 1909 und 1910 entgegen und vertagt sich dann auf Dienstag nachmittag 3 Uhr. Tagesordnung: Verschiedene Wahlen und Eingaben. Schluss kurz nach 12 Uhr.

Zur Landtagswahl.

Schaffhausen O. A. Weisklingen, 18. Mai. Der Bauernbund ist in einer Versammlung für die Kandidatur des Schultheißen Söll von Stubersheim im Oberamtsbezirk Weisklingen eingetreten.

Weisklingen, 18. Mai. Regierungsrat Dajel von Alm hat sich zur Annahme der Landtagskandidatur im Bezirk Weisklingen bereit erklärt. Die Aufstellung erfolgt seitens der Nationalliberalen Partei.

Schorndorf, 18. Mai. Die Deutsche Partei hat beschlossen, den Reichstagsabgeordneten Otto Reinath als Kandidaten für die Landtagswahl im Bezirk Schorndorf aufzustellen.

Stuttgart, 18. Mai. Im Alter von 78 Jahren ist gestern der vormalige Vorstand des Königl. Kupferkabinetts, Professor a. D. Karl Kränke gestorben.

Fenebach, 18. Mai. Die Ausgrabungen haben bis jetzt über 60 Gräber zu Tage gefördert, in denen Lanzenspitzen, Dolchmesser und verschiedener Zierrat aufgefunden wurde.

Seßheim, 18. Mai. Die Auswanderungsflut in einzelnen Orten des Bezirks scheint im Wachsen, so in Ziesfeld und Redarweilheim. In Ziesfeld haben die Landwirte Gemtrig und Hehl ihr Besitztum verkauft und sind vor 14 Tagen nach Steiermark gereist, um sich dort anzukauf.

Auch ein Redarweilheimer Bürger hat sich ihnen angeschlossen, während zwei andere Redarweilheimer Landwirte dieser Tage nach Bosen reisten, um sich dort, wenn günstige Gelegenheit sich bietet, mit ihren Familien anzusiedeln.

Smünd, 18. Mai. In der Aula der hiesigen Fachschule der Edelmetallindustrie fand heute vormittag die Eröffnung der im Erdgeschoß der Fachschule untergebrachten, von der technischen Beratungsgesellschaft der Kgl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel veranstalteten Ausstellung von Maschinen, Apparaten und Materialien für die Edelmetallindustrie durch den Direktor der Fachschule, Walter Klein, statt. Die Fachschule selber hat diese Ausstellung zum Anlaß genommen gleichzeitig mit ihr eine Ausstellung Edelmetallkünstler, die in der Aula der Fachschule untergebracht ist, zu veranstalten.

Nah und Fern.

Tod durch Gasvergiftung.

Im Hause No. 157 der Landhausstraße in Stuttgart-Nöthen machte sich am Sonntag nachmittag ein starker Gasgeruch bemerkbar. Ein Schuhmann drang in die Wohnung ein und traf die Wohnungsinhaber, den Schreiner Franz Baur, seine Frau und seine beiden Kinder im Alter von 7 und 1 1/2 Jahren durch ausströmendes Gas betäubt in der Küche liegend an. Der Mann war bereits tot. Die Frau und die beiden Kinder wurden sofort nach dem Karl-Olgastankenhause verbracht. Dort starb das jüngere Kind ebenfalls nach kurzer Zeit. Ob die Mutter und das ältere Kind am Leben erhalten werden können, ist noch zweifelhaft. Ein unheilbares Leiden soll den Unglücklichen zu dem Schritt getrieben haben.

Anfall.

Auf einer Radtour nach Waiblingen stürzten drei junge Leute aus Fellbach vom Rad. Einer erlitt einen Schädelbruch und starb bald darauf.

Eine schwere Rasse.

In Unterlochen besitzt ein Arbeiter ein Mädchen im Alter von 8 Jahren, das jetzt 134 Pfund wiegt und dessen Fettsucht der Kunst aller Ärzte getrotzt hat. Das arme Wesen kann weder stehen noch gehen, ist aber geistig normal entwickelt.

Der Tod in den Fluten.

Aus Friedrichshafen wird berichtet: Als der Grenzwachter Wächter in Langenargen gestern früh vom Dienst nicht nach Hause kam, stellte man Nachforschungen an und, da die Dichter noch nicht abgedreht waren, fürchtete man sofort, daß Wächter während des Sturmes im Bodensee ertrunken ist. Seine Leiche wurde dann auch gestern nachmittag von einem seiner Kollegen im Hafen aufgefunden.

Brudermord.

In der Wirtschaft zum St. Georgen in Pforzheim erschloß der 23jährige ledige Holzmacher Johann Klitsch seinen 33jährigen verheirateten Bruder Wilhelm mitten unter den Gästen mit einem Revolver. Die Tat geschah wegen Erbschaftsstreitigkeiten. Die beiden waren Besitzer einer fahrenden Holzsjage und stammten aus Wurmberg.

Silberdiebe.

Aus Pforzheim wird berichtet: In einer Strassfache wegen Silberdiebstahl und Hehlerei wurden der Silberarbeiter Albert Wiedmann von Smünd, der Goldarbeiter Georg Brisch von Smünd und der Preffer Friedrich Feih von Hönig verhaftet.

Ueber den Todessturz dreier Touristen.

wird aus Garmisch gemeldet: Drei Touristen, die vor einigen Tagen von Garmisch aus die Alpensteinspitze bestiegen wollten, wurden seitdem vermißt. Sie sind von der gefährlichen Mittagsfackel abgestürzt und von den nach ihnen suchenden Bergführern als Leichen gesehen worden. Die Verunglückten sind die beiden Stiefbrüder Freiherr Georg und Hans von Tucher, der 3. der Student Ehrentraut aus München. Das Unglück ist dem Leichtsinn der drei jungen Leute zuzuschreiben, die trotz eindringlicher Warnung den waghalsigen Aufstieg unternahmen.

Eisenbahnunglück bei Paris.

Auf der Pariser Nordbahn bei Pont Marcadet stieß Samstagabend 9 1/2 Uhr ein nach Pontoise fahrender Vorortzug mit einem aus Morsfont kommenden Zug zusammen, der ihm in die Klante fuhr. Der Zusammenstoß war außerordentlich heftig; die Lokomotive des Morsfontler Zuges bohrte sich in einen Waggon dritter Klasse ein, wobei zahlreiche Personen getötet und verwundet wurden. Mehrere Waggons des nach Pontoise fahrenden Zuges wurden vollständig zertrümmert.

Ueber das Eisenbahnunglück bei Pont Marcadet wird amtlich bekannt gegeben: Drei Wagen des Zuges 631 wurden von der Lokomotive des Zuges 434 zermalmt. Von den Reisenden in diesen Wagen wurden 21, darunter drei Militärpersonen getötet, und 39 verletzt.

Weitere Nachrichten.

Aus Schweidnitz wird berichtet: Bei einer Vererdigung in dem Gebirgsdörfchen Rudolfsberda stürzte eine Brücke ein, während der Trauerzug darüber ging. 50 Personen stürzten ziemlich tief ab. Eine Anzahl wurde schwer, ein anderer Teil leicht verletzt.

Luftschiffahrt.

Oberrheinischer Zuverlässigkeitstflug.

Karlruhe, 19. Mai. Bei prachtvollem Wetter landete als Erster von Frankfurt am Main kommend, Oberingenieur Hirth, der um 4 Uhr 42 Min. aufgeflogen war, um 5 Uhr 49 Min. auf dem hiesigen Exerzierplatz. Ihm folgten um 6 Uhr 4 Min. Oberleutnant Varends, aufgestiegen um 4 Uhr 4 Min., Leutnant Wankel um 6 Uhr 3 Min., aufgestiegen um 4 Uhr 30 Min. und Graf Wolfskeel um 6 Uhr 13 Min., aufgeflogen um 4 Uhr 29 Minuten.

